

Wienwert-Anleger sollen Möglichkeit zur Sammelklage haben

Prozessfinanzierer wollen Wienwert-Geschädigten eine Sammelklage anbieten. Rund 1000 Anleihegläubiger sind von der Insolvenz betroffen.



(c) APA/HELMUT FOHRINGER

Der österreichische Prozessfinanzierer AdvoFin will den Wienwert-Anlegern anbieten, ihre Ansprüche im Rahmen einer Sammelklage durchzusetzen. Franz Kallinger, Vorstand der AdvoFin Prozessfinanzierung: „Wir schauen uns aktuell die Bilanzen der Wienwert-Gruppe ganz genau an und haben auch den Wirtschaftsprüfer des Unternehmens im Visier. Die Anleger sollten sich durch die derzeitige öffentliche Diskussion nicht einschüchtern lassen und rasch handeln. Die Chancen, dass die Anleger zumindest einen Großteil ihres Geldes zurückbekommen, stehen gut.“

Rund 1000 Anleihegläubiger geschädigt

Wie vergangene Woche bekannt wurde, [ist die WW Holding AG, Muttergesellschaft der privaten Immobiliengruppe Wienwert, insolvent](#). Von der Insolvenz wurde vergangenen Donnerstag angemeldet. Laut Auskunft der Finanzmarktaufsicht (FMA) dürfte dies mehr als 1000 Anleihegläubiger um bis zu 40 Millionen Euro bringen.

Die private Wiener Immobiliengruppe Wienwert steht schon seit Jahren im Visier der heimischen Finanzmarktaufsicht (FMA). Seit 2014 hat die FMA vier Sachverhaltsdarstellungen an die Staatsanwaltschaft übermittelt und mehrere

Verwaltungsstrafverfahren gegen die Vorstandsmitglieder der Wienwert verhängt. Der Grund waren irreführende Werbungen im Zusammenhang mit der Platzierung von Anleihen.

Zuletzt verhängte die Aufsichtsbehörde im vergangenen Jahr gegen Vorstandschef Stefan Gruze eine Strafe im Ausmaß von 85.000 Euro. Bestraft wurden auch die beiden ehemaligen Vorstände und Firmengründer Wolfgang Sedelmayer und Nikos Bakirzoglu, so FMA-Sprecher Klaus Grubelnik. Grubelnik betont, dass die Wienwert-Gruppe kein von der FMA konzessioniertes Unternehmen sei, es nicht der Aufsicht durch die FMA unterstand. Wienwert habe mehr als 23 Anleihen begeben, 19 davon unter einem Ausnahmetatbestand, wodurch sie keinen Prospekt veröffentlichen mussten. Der aktuelle Prospekt zu einer Anleihe sei von der Luxemburger Aufsicht gebilligt worden.

(red / diepresse.com / 25.01.2018 um 10:44)